

Friedhofsordnung

der Stadt Bensheim

Aufgrund des § 5 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.11.2007 (GVBl. I S. 757) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Satz 1 des Friedhofs- und Bestattungsgesetzes vom 05.07.2007 (GVBl. I S. 338) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bensheim in der Sitzung vom 12.11.2009 für die Friedhöfe der Stadt Bensheim folgende

Satzung (Friedhofsordnung)

beschlossen:

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich

Diese Friedhofsordnung gilt für die nachstehend genannten Friedhöfe der Stadt Bensheim:

- a) Friedhof Bensheim - Mitte,
- b) Waldfriedhof Bensheim,
- c) Bergfriedhof Bensheim - Auerbach,
- d) Friedhof Bensheim - Fehlheim,
- e) Friedhof Bensheim - Gronau,
- f) Friedhof Bensheim - Langwaden,
- g) Friedhof Bensheim - Schönberg,
- h) Friedhof Bensheim - Schwanheim,
- i) Friedhof Bensheim - Zell.

§ 2 Verwaltung des Friedhofes

Die Verwaltung der Friedhöfe obliegt dem Magistrat, im folgenden Friedhofsverwaltung genannt.

§ 3 Friedhofsziel und Bestattungsberechtigte

- (1) Die Friedhöfe dienen der Bestattung und der Pflege der Gräber im Andenken an die Verstorbenen.
- (2) Gestattet ist die Bestattung folgender Personen:
 - a) die bei ihrem Ableben Einwohnerinnen oder Einwohner der Stadt Bensheim waren oder
 - b) die ein Recht auf Benutzung einer Grabstätte auf dem Friedhof hatten oder
 - c) die innerhalb des Stadtgebietes verstorben sind und nicht auf einem Friedhof außerhalb der Stadt beigesetzt werden oder

d) die frühere Einwohnerinnen und Einwohner waren und zuletzt aufgrund Pflegebedürftigkeit außerhalb der Stadt gelebt haben oder

e) totgeborene Kinder und Föten soweit deren Angehörige Einwohner der Stadt sind.

Die Bestattungen derjenigen Personen, die bei ihrem Ableben Einwohnerinnen oder Einwohner der Stadt waren, erfolgt in der Regel auf dem Friedhof des Stadtteils, in dem sie zuletzt ihren Wohnsitz hatten.

- (3) Die Bestattung anderer Personen bedarf der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Ein Rechtsanspruch auf Erteilung der Zustimmung besteht nicht.

§ 4 Begriffsbestimmungen

- (1) Unter einer Grabstätte ist ein für Bestattungen oder Beisetzungen vorgesehener, genau bestimmter Teil des Friedhofgrundstückes mit dem darunter liegenden Erdreich bzw. der darauf errichteten Urnenstele zu verstehen. Eine Grabstätte kann eine (Reihen-) oder mehrere (Wahl-) Grabstellen umfassen.
- (2) Unter einer Grabstelle ist der Teil der Grabstätte zu verstehen, der der Aufnahme einer menschlichen Leiche bzw. einer Aschenurne dient.

§ 5 Schließung und Entwidmung

- (1) Ein Friedhof und Friedhofsteile können geschlossen oder entwidmet werden.
- (2) Durch die Schließung sind weitere Bestattungen nicht möglich. Durch die Entwidmung geht die Eigenschaft des Friedhofs als Ruhestätte der Toten verloren. Die Entwidmung ist erst mit Wirkung von dem Zeitpunkt an zulässig, zu dem sämtliche Ruhefristen der auf dem Friedhof vorgenommenen Beisetzungen abgelaufen sind.
- (3) Die Schließung und Entwidmung sind öffentlich zu machen.

II. Ordnungsvorschriften

§ 6 Öffnungszeiten

Die Friedhöfe sind während der durch die Friedhofsverwaltung festgesetzten Zeiten für den Besuch geöffnet. Die Öffnungszeiten werden durch Aushang an den Friedhofseingängen bekannt gegeben. Sonderregelungen können durch die Friedhofsverwaltung getroffen werden.

§ 7 Nutzungsumfang

- (1) Jede Friedhofsbesucherin oder jeder Friedhofsbesucher hat sich der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Den Anordnungen des aufsichtsbefugten

Friedhofspersonals ist Folge zu leisten. Kinder unter 12 Jahren dürfen den Friedhof nur in Begleitung Erwachsener betreten.

- (2) Nicht gestattet ist innerhalb des Friedhofs:
- a) das Befahren der Wege mit Fahrzeugen aller Art, soweit nicht eine besondere Erlaubnis hierzu erteilt ist; ausgenommen von diesem Verbot sind Kinderwagen und Rollstühle sowie Fahrzeuge der Friedhofsverwaltung,
 - b) Waren aller Art und gewerbliche Dienste anzubieten,
 - c) an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten auszuführen,
 - d) ohne schriftlichen Antrag eines Berechtigten bzw. ohne Zustimmung der Friedhofsverwaltung gewerbsmäßig zu fotografieren,
 - e) Druckschriften zu verteilen, ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen von Bestattungsfeiern notwendig und üblich sind sowie Informationsschriften der Friedhofsverwaltung,
 - f) den Friedhof und seine Einrichtungen und Anlagen zu verunreinigen und zu beschädigen sowie Rasenflächen und Grabstätten unberechtigterweise zu betreten,
 - g) Abraum und Abfälle aller Art außerhalb der hierfür vorgesehenen Plätze abzulegen,
 - h) Tiere mitzubringen, ausgenommen Blindenhunde.

Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofs und der Ordnung auf ihm vereinbar sind.

- (3) Totengedenkfeiern und andere nicht mit einer Bestattung zusammenhängende Veranstaltungen bedürfen der Zustimmung der Friedhofsverwaltung; sie sind spätestens eine Woche vor Durchführung anzumelden.

§ 8 Gewerbliche Tätigkeit auf dem Friedhof

- (1) Gewerblich tätige Steinmetze, Bildhauerinnen oder Bildhauer und Bestatterinnen und Bestatter auf dem Friedhof bedürfen, soweit nicht Arbeiten im Auftrag der Friedhofsverwaltung durchgeführt werden, der vorherigen Zulassung durch die Friedhofsverwaltung.
- (2) Die Zulassung erfolgt auf Antrag. Das Antragsverfahren kann über die einheitliche Stelle nach Teil V Abschnitt 1 a des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes abgewickelt werden. Zuzulassen sind Gewerbetreibende, die in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind.
- (3) Die gewerblichen Tätigkeiten müssen mit dem Friedhofszweck vereinbar sein und dürfen Bestattungsfeierlichkeiten nicht stören.
- (4) Die Friedhofsverwaltung kann die Zulassung davon abhängig machen, dass die Antragstellerin oder der Antragsteller einen für die Ausführung ihrer oder seiner Tätigkeit ausreichenden Haftpflichtversicherungsschutz nachweist.

- (5) Die Zulassung erfolgt durch Ausstellung einer Berechtigungskarte, die bei der Ausführung aller Arbeiten auf dem Friedhof mitzuführen und den Aufsichtspersonen auf Verlangen vorzuzeigen ist. Die Berechtigungskarte wird antragsgemäß entweder als Einzelzulassung oder für ein Kalenderjahr ausgestellt. Über den Antrag wird unverzüglich, spätestens innerhalb von zwei Wochen nach Vorlage aller Unterlagen entschieden. Mit Ablauf dieser Frist gilt die Zulassung als erteilt.
- (6) Die Gewerbetreibenden und ihre Bediensteten haben die Friedhofsordnung zu beachten. Die Gewerbetreibenden haften für alle Schäden, die sie oder ihre Bediensteten im Zusammenhang mit einer Tätigkeit auf dem Friedhof schuldhaft verursachen.
- (7) Gewerbliche Arbeiten auf den Friedhöfen dürfen nur werktags innerhalb der Öffnungszeiten ausgeführt werden. Die Arbeiten sind eine halbe Stunde vor Schließung des Friedhofs zu beenden. Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen.
- (8) Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur an den von der Friedhofsverwaltung genehmigten Stellen vorübergehend gelagert werden. Bei Beendigung der Arbeiten sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in Ordnung zu bringen. Gewerbliche Geräte dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen des Friedhofs gereinigt werden. Grabeinfassungen und Grabsteine dürfen grundsätzlich nicht auf dem Friedhof zwischengelagert werden. Bauschutt ist mitzunehmen.
- (9) Gewerbetreibenden, die wiederholt oder schwerwiegend gegen diese Friedhofssatzung verstoßen oder bei denen die Voraussetzungen des Abs. 2 ganz oder teilweise nicht mehr gegeben sind, kann die Friedhofsverwaltung die Zulassung nach schriftlicher Mahnung auf Zeit oder auf Dauer durch schriftlichen Bescheid entziehen.

III. Einteilung der Friedhöfe

§ 9

Die Friedhöfe sind in einzelne Abteilungen unterteilt, die durch Buchstaben gekennzeichnet sind. Die Familiengrabstätten sind innerhalb jeder Abteilung mit eins beginnend und unter Berücksichtigung der Anzahl der Liegeplätze fortlaufend zu nummerieren.

IV. Allgemeine Bestattungsvorschriften

§ 10 Bestattungen

- (1) Jede Bestattung ist unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Friedhofsverwaltung unter Vorlage der erforderlichen Unterlagen anzumelden.
- (2) Wird eine Bestattung in einer vorher erworbenen Wahlgrabstätte beantragt, ist das Nutzungsrecht nachzuweisen.

- (3) Ort und Zeit der Bestattung werden durch die Friedhofsverwaltung festgelegt. Dabei werden Wünsche der für die Bestattung sorgepflichtigen Personen nach Möglichkeit berücksichtigt.
- (4) Bestattungen finden von Montag bis Freitag statt. Die Beerdigungszeit wird durch die Friedhofsverwaltung festgesetzt. An Samstagen sowie an Sonn- und Feiertagen finden in der Regel keine Beisetzungen statt. In begründeten Fällen sind mit Genehmigung der Friedhofsverwaltung Ausnahmen zulässig.
- (5) Der Gemeindevorstand kann nach Anhörung des Gesundheitsamtes aus religiösen Gründen die Bestattung ohne Sarg gestatten. Die/der Verstorbene muss vollständig von Leinentüchern oder Naturtextilien verhüllt sein. Die Umhüllung muss jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausschließen. Die Aufbewahrung in der Leichenhalle und der Transport bis zur Grabstätte müssen in einem Sarg erfolgen.

§ 11 Leichenhalle

- (1) Die Leichenhalle dient der Aufnahme der Leichen bis zur Bestattung. Sie darf nur in Begleitung eines Angehörigen des Friedhofspersonals oder mit Zustimmung der Friedhofsverwaltung betreten werden.
- (2) Leichen müssen spätestens 36 Stunden nach dem Eintritt des Todes, jedoch nicht vor Ausfüllung des Leichenschauscheines oder einer Todesbescheinigung in die Leichenhalle des Friedhofes oder eine sonstige am Begräbnisort verfügbare öffentliche Leichenhalle gebracht werden. Als öffentliche Leichenhallen gelten auch die Leichenhallen von Krematorien, Krankenhäusern, Bestattungsunternehmen und Pathologischen sowie Rechtsmedizinischen Instituten.
- (3) Leichen sind in verschlossenen Särgen in die Leichenhalle zu verbringen. Die Säрге müssen festgefügt und so abgedichtet sein, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist. Die Säрге dürfen nicht aus Metall, Kunststoff oder sonstigen schwer vergänglichen Stoffen hergestellt werden. Sofern Leichen in Unfallsärgen oder Transporttragen in die Leichenhalle gebracht werden, müssen die spätere Umsargung und damit verbundene Tätigkeiten (z. B. Ankleiden) im Sezierraum erfolgen. Eine Umsargung in der Kühlzelle oder dem Flur ist nicht zulässig.
- (4) Die Säрге werden spätestens eine Stunde vor Beginn der Trauerfeier bzw. der Bestattungszeit geschlossen und dürfen nicht mehr geöffnet werden. § 18 Abs. 2 Hessisches Friedhofs- und Bestattungsgesetz bleibt unberührt. Bis dahin können die Angehörigen die Verstorbenen, sofern keine gesundheitlichen oder sonstigen Bedenken bestehen, nach vorausgegangener Absprache mit dem Friedhofspersonal oder der Friedhofsverwaltung sehen.
- (5) Die Stadt haftet nicht für den Verlust von Wertgegenständen, die den Leichen beigegeben worden sind.
- (6) Trauerfeiern finden grundsätzlich in der Trauerhalle statt. Auf dem Friedhof Bensheim – Mitte können Trauerfeiern auch in der Friedhofskirche St. Crescenz stattfinden. Ausnahmen (z. B. am Grab) sind mit der Friedhofsverwaltung abzustimmen.
- (7) Der Transport des Sarges zur Grabstätte erfolgt ausschließlich durch das Friedhofspersonal bzw. die Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter eines beauftragten Beerdigungsinstitutes. Grundsätzlich ist die Mitwirkung von vier Sargträgern erforderlich.

§ 12 Grabstätte und Ruhefrist

- (1) Die Gräber werden nur durch das Friedhofspersonal bzw. durch Beauftragte der Friedhofsverwaltung ausgehoben, geöffnet und geschlossen.
- (2) Der Nutzungsberechtigte hat Grabzubehör vorher entfernen zu lassen. Die Friedhofsverwaltung entscheidet nach den Umständen des Einzelfalles darüber, welche Teile der Grabanlage vor dem Grabaushub aus technischen- und Sicherheitsgründen entfernt bzw. abgebaut werden müssen. Ein Grabaushub wird nicht vorgenommen, wenn die Grabanlage nicht im erforderlichen Maße abgebaut wurde. Sofern beim Ausheben der Gräber Grabmale, Fundamente oder Grabzubehör/ Grabbepflanzung durch die Friedhofsverwaltung entfernt werden müssen, sind die dadurch entstehenden Kosten durch den Nutzungsberechtigten zu erstatten.
- (3) Die Tiefe der einzelnen Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Sargoberkante mindestens 0,90 m, bis zur Urnenoberkante mindestens 0,50 m.
- (4) Werden bei der Wiederbelegung einer Grabstätte beim Ausheben Leichenteile, Sargteile oder sonstige Überreste gefunden, so sind diese mindestens 0,30 m unter die Sohle des neuen Grabes zu verlegen.
- (5) Die Ruhefrist bis zur Wiederbelegung einer Grabstelle beträgt für Leichen 25 Jahre und für Aschen 20 Jahre. Bei Verstorbenen bis zum 5. Lebensjahr beträgt die Ruhefrist 15 Jahre.

§ 13 Totenruhe und Umbettung

- (1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
- (2) Umbettungen von Leichen und Aschen bedürfen, unbeschadet sonstiger gesetzlicher Vorschriften, der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Die Zustimmung zu der Umbettung von Aschen kann nur auf Antrag und bei Vorliegen eines besonderen Grundes erteilt werden. Die Zustimmung zu der Umbettung von Leichen kann nur erteilt werden, wenn besondere Gründe das öffentliche Interesse an der Wahrung der Totenruhe deutlich überwiegen. Umbettungen innerhalb des Stadtgebietes sind grundsätzlich nicht zulässig.
- (3) Alle Umbettungen werden von der Friedhofsverwaltung bzw. durch von ihr Beauftragte durchgeführt. Die Friedhofsverwaltung bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung. Die Anwesenheit von Angehörigen und sonstigen Personen ist nicht zulässig.
- (4) Die Kosten der Umbettung und den Ersatz von Schäden, die an benachbarten Grabstätten und Anlagen durch eine Umbettung entstehen, hat die Antragstellerin oder der Antragsteller zu tragen.

V. Grabstätten

§ 14 Grabarten

- (1) Auf den Friedhöfen werden folgende Arten von Grabstätten zur Verfügung gestellt:
 - a) Reihengrabstätten,
 - b) Kinderreihengrabstätten,
 - c) Familiengrabstätten,
 - d) Kinderfamiliengrabstätten,
 - e) Urnenfamiliengrabstätten,
 - f) Felder für anonyme Urnenbeisetzungen,
 - g) Urnenkammern in Urnenstelen,
 - h) Anonyme Sammelgrabstätte für totgeborene Kinder und Föten,
 - i) Baumgrabstätten,
 - j) Rasenreihengrabstätten,
 - k) Rasenfamiliengrabstätten und
 - l) Einzelgrabstätten im muslimischen Grabfeld.
- (2) Es besteht kein Anspruch auf Erwerb des Nutzungsrechts an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung.

§ 15 Nutzungsrechte an Grabstätte

- (1) Nutzungsrechte an Grabstätten können nur nach Maßgabe dieser Friedhofsordnung begründet werden. Sie sind öffentlich-rechtlicher Natur. Die Grabstätten bleiben Eigentum des Friedhofseigentümers.
- (2) Bei Streitigkeiten zwischen den Beteiligten über Rechte an Grabstätten, über die Verwaltung oder Gestaltung einer Grabstätte oder eines Grabmals kann die Friedhofsverwaltung bis zur gütlichen Einigung oder rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung über diese Streitigkeiten die erforderlichen vorläufigen Regelungen treffen.

§ 16 Grabbelegung

- (1) In jeder Grabstelle darf während des Laufs der Ruhefrist grundsätzlich nur eine Erdbestattung vorgenommen werden.
- (2) Es ist zulässig, eine mit ihrem neugeborenen Kind verstorbene Mutter oder zwei zur gleichen Zeit in ihrem ersten Lebensjahr verstorbene Kinder in einem Sarg beizusetzen.

§ 17 Verlegung von Grabstätten

Aus zwingenden Gründen des öffentlichen Rechts kann die Friedhofsverwaltung Grabstätten verlegen. Die Leichen oder Aschenreste sind in diesen Fällen in eine andere Grabstätte gleicher Art umzubetten. Grabmale und sonstige Grabausstattungen sind umzusetzen. Die Kosten der Maßnahme trägt der Veranlasser.

A. Reihengrabstätten

§ 18 Definition der Reihengrabstätte

- (1) Reihengrabstätten sind Grabstätten für eine Erdbestattung. Sie werden der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhefrist (25 Jahre) des zu Bestattenden zugeteilt. Ein Wiedererwerb des Nutzungsrechts an einer Reihengrabstätte oder eine Verlängerung des Nutzungsrechts ist grundsätzlich nicht möglich.
- (2) Nutzungsrechte an Kinderreihengrabstätten werden entsprechend der Ruhefrist für Verstorbene unter fünf Jahren für 15 Jahre erworben. Das Nutzungsrecht an diesen Grabstätten kann nach Ablauf der Ruhefrist verlängert bzw. wiedererworben werden. Die Grabstätten werden in diesen Fällen in Kinderfamiliengrabstätten umgewandelt.
- (3) In Reihengräbern darf jeweils nur eine Leiche beigesetzt werden. Ausgenommen hiervon ist die Beisetzung von Tot- oder Fehlgeburten, der Leichen von Kindern unter fünf Jahren oder von Urnen, wenn die Ruhefrist der zuerst in der Grabstätte beigesetzten Leiche nicht überschritten wird.

§ 19 Maße der Reihengrabstätte

- (1) Es werden eingerichtet:
 - a) Kinderreihengrabstätten für die Beisetzung Verstorbener bis zum vollendeten 5. Lebensjahr,
 - b) Reihengrabstätten für die Beisetzung Verstorbener ab vollendetem 5. Lebensjahr.
- (2) Die Reihengrabstätten haben in der Regel folgende Maße:
 1. Für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr

Länge:	1,50 m
Breite:	0,60 m
Tiefe:	bis 1,50 m
Abstand:	bis 0,30 m
 2. Für Verstorbene ab dem vollendeten 5. Lebensjahr

Länge:	2,20 m
Breite:	0,80 m
Tiefe:	bis 1,80 m
Abstand:	bis 0,30 m

§ 20 Belegung und Abräumung von Reihengrabstätten

- (1) Die in Benutzung zu nehmenden Grabfelder werden durch die Friedhofsverwaltung bestimmt.
- (2) Das Abräumen von Reihengrabfeldern oder Teilen von ihnen vor der Wiederbelegung ist drei Monate vorher öffentlich und durch ein Hinweisschild auf dem betreffenden Grabfeld bekannt zu machen. Über die nach Ablauf dieser Frist auf den Gräbern noch vorhandenen Pflanzen, Grabzeichen, Einfassungen usw. verfügt die Friedhofsverwaltung.

B. Familiengrabstätten

§ 21 Definition, Entstehung und Übergang des Nutzungsrechtes

- (1) Familiengrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren (Nutzungszeit) verliehen wird. Auf Verleihung eines Nutzungsrechts an einer Wahlgrabstätte besteht kein Rechtsanspruch. Wünsche des Erwerbers bezüglich der Lage der Wahlgrabstätte werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Der Ersterwerb eines Nutzungsrechts ist nur möglich anlässlich eines Todesfalles. Wiedererwerb oder Verlängerung sind nur auf Antrag und nur für die gesamte Grabstätte möglich. Ein Rechtsanspruch auf Verlängerung oder Wiedererwerb besteht nicht.
- (2) Der Wiedererwerb und die Verlängerung ist von der Entrichtung einer entsprechenden Gebühr gemäß Friedhofsgebührenordnung abhängig.
- (3) Es werden ein- und mehrstellige Familiengrabstätten abgegeben. Die Erstbelegung eines Grabplatzes wird in der Regel als Tiefgrab (2,50 m) vorgenommen, sodass später eine zweite Leiche über der ersten beigesetzt werden kann. Nach Ablauf der Ruhefrist einer Leiche kann in der betreffenden Grabstelle eine weitere Beisetzung erfolgen, wenn die restliche Nutzungszeit die Ruhefrist erreicht oder für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhefrist verlängert worden ist.
- (4) Die oder der Nutzungsberechtigte hat das Recht auf Beisetzung nach seinem Ableben sowie im Falle des Erwerbs einer mehrstelligen Wahlgrabstätte das Recht auf Beisetzung ihrer oder seiner verstorbenen Angehörigen in dem Wahlgrab. Angehörige im Sinne dieser Bestimmung sind:
 - a. Ehegatten,
 - b. Lebenspartner nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz,
 - c. Verwandte auf- und absteigender Linie, angenommene Kinder und Geschwister,
 - d. Ehegatten und Lebenspartner der unter Abs. 4 Buchst. c) bezeichneten Personen.

Die Beisetzung anderer Personen in dem Wahlgrab bedarf zusätzlich zur Einwilligung des Nutzungsberechtigten auch der Einwilligung der Friedhofsverwaltung.

- (5) Das Nutzungsrecht an einer Wahlgrabstätte kann nur mit Einwilligung der Friedhofsverwaltung und in der Regel nur auf Angehörige im Sinne des § 21 Abs. 4 übertragen werden.
- (6) Die Erwerberin oder der Erwerber einer Wahlgrabstätte soll für den Fall ihres oder seines Ablebens ihre/ seine Nachfolgerin oder ihren/ seinen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen. Diese oder dieser ist in der Regel aus dem in § 21 Abs. 4 aufgeführten Personenkreis zu benennen. Der Nutzungsrechtsnachfolger wird der

Friedhofsverwaltung in der Regel im Rahmen der Abwicklung der Bestattungsformalitäten mitgeteilt. Wird keine Regelung getroffen oder verzichtet eine bestimmte Person, so geht das Nutzungsrecht in der in § 21 Abs. 4 genannten Reihenfolge auf die Angehörigen der verstorbenen Erwerberin oder des verstorbenen Erwerbers über. Innerhalb der einzelnen Gruppen wird jeweils die oder der Älteste Nutzungsberechtigt. Das gleiche gilt beim Tod einer oder eines Nutzungsberechtigten, auf den das Nutzungsrecht früher übergegangen war.

Jede Person, auf die ein Nutzungsrecht übergeht, kann durch Erklärung gegenüber der Friedhofsverwaltung auf das Nutzungsrecht verzichten.

- (7) Das Recht auf Beisetzung in einer Wahlgrabstätte läuft mit der Nutzungszeit ab. Während der Nutzungszeit darf eine Beisetzung jedoch nur stattfinden, wenn die Ruhefrist für diese Beisetzung die Nutzungszeit nicht übersteigt oder das Nutzungsrecht für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhefrist für diese Beisetzung verlängert worden ist.

§ 22 Verlängerung, Wiedererwerb und Übertragung des Nutzungsrechtes an Familiengrabstätten

- (1) Eine Verlängerung der Nutzungsfrist an der Grabstätte bzw. ein Wiedererwerb ist in der Regel nur den in § 21 Abs. 4 dieser Satzung genannten Personen gestattet. Die Verlängerung des Nutzungsrechtes ist nur nach Ablauf bzw. im Zusammenhang mit einer Beisetzung und nur für ganze Jahre möglich. Bei Ablauf des Nutzungsrechtes kann eine Verlängerung in 5-Jahres-Schritten bis hin zur Neuerwerbsdauer der jeweiligen Grabart erfolgen.
- (2) Ausgenommen von der Verpflichtung zu einem Wiedererwerb können werden: Körperschaften und Institute, die kirchliche oder erzieherische Aufgaben erfüllen oder deren Einrichtungen gemeinnützigen oder wohltätigen Zwecken dienen. Dies wird im Einzelfall durch die Friedhofsverwaltung entschieden.
- (3) Jede Übertragung des Nutzungsrechtes ist umgehend zur Umschreibung der Grabstätte auf den neuen Verfügungsberechtigten der Friedhofsverwaltung anzuzeigen. Vor erfolgter Umschreibung können Rechte an der Grabstätte nicht ausgeübt werden. Der Magistrat kann, wenn ihm der Nachweis des Rechts nicht erbracht erscheint, unter Ankündigung des Rechtsnachteils des Ausschlusses zur Anmeldung besserer Rechte mit Frist von drei Monaten durch ortsübliche Bekanntmachung auffordern.

§ 23 Maße der Wahlgrabstätte

Wahlgrabstätten (Einzelplätze) haben in der Regel folgende Maße:

Länge: Ergibt sich aus der jeweiligen Lage der Gräberfelder. Sie soll 2,50 m nicht überschreiten.

Breite: bis 1,25 m

§ 24 Kinderfamiliengrab

Nutzungsrechte an Kinderfamiliengrabstätten werden für die Dauer von 20 Jahren erworben. Die Maße der Kinderfamiliengräber entsprechen denen der Kinderreihengräber (§ 19 Abs. 2

Nr. 1). Im Übrigen gelten die vorstehenden Bestimmungen über Familiengräber entsprechend.

§ 24 a Einzelgrabstätte im muslimischen Grabfeld

Auf dem Waldfriedhof in Bensheim steht ein Grabfeld mit zur Kaaba in Mekka ausgerichteten Einzelgrabstätten zur Verfügung. Für die Grabstätten im muslimischen Grabfeld gelten die §§ 21 und 22 entsprechend und mit der Maßgabe, dass in jeder Grabstätte nur eine Grabstelle in normaler Lage belegt wird und die Grabstätten der Reihe nach vergeben werden.

C. Rasengrabstätten

§ 25 Definition der Rasengrabstätte

Rasengrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen. Die Rasengrabanlage ist eine gärtnerisch geschlossen gestaltete Grünanlage, auf der dicht nebeneinander bestattet wird.

Auf der Rasengrabstätte kann ein Grabdenkmal entsprechend den Festsetzungen in dieser Satzung errichtet werden. Vor dem Grabdenkmal ist es zulässig, ein Pflanzbeet von maximal 0,50 m Tiefe mit der Breite des Grabes anzulegen, eine Rasenschnittkante von mindestens 5 cm ist zu belassen. Der restliche Bereich wird von dem Friedhofspersonal als Rasenfläche angelegt und gepflegt.

Rasenreihengräber und Rasenfamiliengräber stehen nur auf dem Bergfriedhof in Auerbach zur Verfügung.

§ 26 Maße der Rasengrabstätten

Rasenreihengräber werden mit folgenden Maßen angelegt:

Länge:	2,00 m
Breite:	1,00 m
Abstand:	0,30 m

Rasenfamiliengräber werden mit folgenden Maßen angelegt:

Länge:	2,50 m
Breite:	1,25 m
Abstand:	0,30 m

§ 27 Verweisungsnorm

Die Vorschriften dieser Friedhofsordnung über Reihen- und Familiengrabstätten gelten für Rasengrabstätten entsprechend, soweit sich aus den vorstehenden Bestimmungen nichts Abweichendes ergibt.

D. Urnengrabstätten

§ 28 Formen der Aschenbeisetzung

- (1) Aschen dürfen beigesetzt werden in
 - a) Urnenfamiliengrabstätten,
 - b) Urnenkammern in Urnenstelen,
 - c) Grabstätten für Erdbestattungen mit Ausnahme der Reihengrabstätten,
 - d) einem Feld für anonyme Urnenbeisetzungen und
 - e) Baumgrabstätten.
- (2) Mit Ausnahme der Urnenstelen können Aschenurnen nur unterirdisch beigesetzt werden. Die Urnen werden in einer Tiefe von mindestens 0,65 m beigesetzt.

§ 29 Definition der Urnenfamiliengrabstätte

- (1) Urnenfamiliengrabstätten sind für Aschenbeisetzungen bestimmte Grabstätten, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 25 Jahren (Nutzungszeit) verliehen wird.
- (2) Die Zahl der Urnen, die in einer Urnenwahlgrabstätte bestattet werden können, richtet sich nach der Größe der Grabstätte; die für eine Urne bestimmte Mindestfläche beträgt 0,25 m².
- (3) Nach Ablauf der Ruhefrist ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, die beigesetzten Ascheurnen zu entfernen. Die Asche wird an geeigneter Stelle des Friedhofes in würdiger Weise der Erde übergeben.

§ 30 Urnenstelen

- (1) Urnenkammern in Urnenstelen werden für 25 Jahre bereitgestellt und dienen der Aufnahme von 2 Urnen (Aschekapsel mit Überurne). Die Ruhefrist ist bei jeder Aufnahme einer Urne zu wahren. Hierbei dürfen keine verrottbaren bzw. zersetzbaren Urnenbehältnisse (Überurnen) verwendet werden. Die Reihenfolge der Belegung der Urnenkammern wird von der Friedhofsverwaltung vorgegeben. Die einzelnen Urnenkammern haben eine Größe von 25,5 cm Breite, 35 cm Höhe und 49 cm Tiefe.
- (2) Nach Ablauf der Ruhefrist ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, die beigesetzten Aschurnen zu entfernen. Die Asche wird an geeigneter Stelle des Friedhofes in würdiger Weise der Erde übergeben.
- (3) Die Urnenkammer ist mit einer 3 cm starken Platte dauerhaft zu verschließen, die von der Stadt vorgegeben ist und zur Aufnahme der Inschrift der Verstorbenen dient. Die Gestaltung bzw. Beschriftung (Schriftart, Schriftgröße und Farbe) werden von der Friedhofsverwaltung vorgeschrieben; die Vorgaben können dort angefordert oder eingesehen werden. Zusätzlich zu Namen und Daten können die Verschlussplatten mit Ornamenten oder Symbolen versehen werden, die in Größe und Ausführung (Gravur, Farbe) der Beschriftung angepasst sind.

- (4) Die Anlage und Pflege der Anlage obliegt ausschließlich der Stadt. Das Ablegen von Blumen- und sonstigem Grabschmuck ist nur auf den hierfür vorgesehenen Blumenablagetischen vor den Urnenstelen gestattet. Grablichter dürfen nicht aufgestellt werden. Wird Grabschmuck an nicht dafür vorgesehenen Stellen (z. B. vor **oder auf** der Stele) abgelegt, so kann die Friedhofsverwaltung diesen ohne Ankündigung beseitigen.

§ 31 Feld für anonyme Urnenbeisetzungen

Anonyme Urnensammelgräber werden nur auf dem Waldfriedhof in Bensheim sowie dem Bergfriedhof in Bensheim - Auerbach zur Verfügung gestellt.

Bei der Beisetzung einer Aschurne in einem Feld für anonyme Bestattungen wird die Beisetzungsstelle nicht besonders kenntlich gemacht oder als Einzelgrabstelle ausgewiesen. Das Grabfeld wird soweit möglich als einheitliche Rasenfläche angelegt. Nach der Beisetzung einer Urne wird die Beisetzungsstelle nicht durch Hügel, Einfassung oder sonstige Gestaltung als Grabstätte kenntlich gemacht. Ein besonderer Hinweis auf den Beigesetzten durch Grabkreuz, Namensschilder oder Gedenktafel ist nicht möglich. Grabschmuck und Anpflanzungen sind nicht gestattet. Wird Grabschmuck dennoch abgelegt, so kann die Friedhofsverwaltung diesen ohne Ankündigung beseitigen. Anonyme Urnengrabplätze werden für die Dauer der Ruhefrist (20 Jahre) überlassen; es wird kein Nutzungsrecht begründet. Die Beisetzung darf nur in einer biologisch abbaubaren Urne erfolgen.

§ 32 Baumgrabstätten

- (1) Bestattungen von Ascheresten sind an besonders ausgewiesenen Bäumen im Wurzelbereich der Bäume möglich. Die Beisetzung darf nur in einer biologisch abbaubaren Urne erfolgen.
- (2) In einer Baumgrabstätte (einem Baumquartal) können bis zu 3 Urnen beigesetzt werden.
- (3) Das Nutzungsrecht an Baumgrabstätten wird für die Dauer von 25 Jahren verliehen. Wahlweise kann das Nutzungsrecht für Baumquartale, Baumhälften oder ganze Bäume erworben werden.
- (4) Sollte der Baum im Laufe des Nutzungsrechtes erheblich beschädigt oder zerstört werden, ist die Stadt zur Ersatzpflanzung eines neuen Baumes verpflichtet.
- (5) Die Kennzeichnung der Baumgrabstätte erfolgt durch den/die Nutzungsberechtigten mit einem im Umfeld des Baumes angebrachten Schild auf Metallspieß, auf dem Name, Vorname, Geburts- und Sterbejahr eingraviert werden können. Die Namenstafeln dürfen maximal eine Größe von 30 x 20 cm aufweisen. Die Schildoberkante darf nach Einbringen in die Erde maximal eine Höhe von 50 cm (gemessen ab Erdoberkante) haben. Es ist untersagt, die Bäume darüber hinaus zu bearbeiten, zu schmücken oder in sonstiger Weise zu verändern.
- (6) Das Ablegen von Grabschmuck bzw. anderen Gegenständen auf der Grabstätte ist nicht gestattet.
- (7) Die Anlage und Pflege der Grabstätte obliegt ausschließlich der Stadt. Pflegeeingriffe sind insbesondere zulässig, soweit diese aus Gründen der Verkehrssicherheit geboten sind. Ansonsten soll der Baumbestand in weitgehend naturbelassenem

Zustand verbleiben. Die Bodenbeschaffenheit der Baumgrabstätte ergibt sich aus ihrer Lage auf dem jeweiligen Friedhof. Es besteht kein Anspruch darauf, dass diese als Rasenfläche hergestellt oder erhalten wird.

§ 33 Verweisungsnorm

Die Vorschriften dieser Friedhofsordnung über Reihen- und Familiengrabstätten gelten für Urnenfamiliengrabstätten, Baumgrabstätten und Urnenkammern in Urnenstelen entsprechend, soweit sich aus den vorstehenden Bestimmungen nichts Abweichendes ergibt.

E. Weitere Grabarten

§ 34 Sammelbestattung für totgeborene Kinder und Föten

- (1) Auf dem Friedhof Bensheim – Mitte hält die Stadt ein zentrales Feld für die Sammelbestattung von totgeborenen Kindern, welche vor Ablauf des sechsten Schwangerschaftsmonats geboren worden sind und Föten vor. Es ist als Gemeinschaftsgrabstätte angelegt. Die Ablage von Blumen und kleine Gegenständen in Erinnerung an die bzw. den Verstorbenen ist zulässig.
- (2) Die Pflege, Unterhaltung und sonstige Bewirtschaftung der Anlage und das Abräumen des Blumenschmucks erfolgt durch die Stadt.

VI. Gestaltung der Grabstätten

§ 35 Allgemeine Gestaltungsvorschriften

Für sämtliche Friedhöfe gelten folgende allgemeine Gestaltungsvorschriften:

- (1) Jede Grabstätte ist so zu gestalten und so an die Umgebung anzupassen, dass der Friedhofszweck sowie die Würde des Ortes und die Pietät gewahrt werden.
- (2) Auf den Grabstätten, mit Ausnahme der anonymen Grabstätten wie in § 14 Ziffer f) und h) aufgeführt, dürfen insbesondere zum Gedenken an die dort Ruhenden Grabmale errichtet und sonstige Grabausstattungen angebracht werden. Grabmale und sonstige Grabausstattungen müssen aus wetterbeständigem Werkstoff hergestellt sein.
- (3) Grabmale und sonstige Grabausstattungen müssen standsicher sein.
- (4) Firmenbezeichnungen dürfen nur an Grabmalen oder Einfassungen in unauffälliger Weise seitlich angebracht werden.
- (5) Grabeinfassungen jeder Art - auch aus Pflanzen - sind nicht zulässig, soweit zwischen den Gräbern und vor den Grabstätten Platteneinfassungen durch die Stadt verlegt werden.
- (6) Die Bestimmungen des Abs. 1 gelten sinngemäß auch für sonstige Grabausstattungen.

- (7) Über Ausnahmen entscheidet die Friedhofsverwaltung im Einzelfall.

§ 36 Genehmigungserfordernis für Grabmale und -einfassungen

- (1) Die Errichtung und jede Veränderung von Grabmalen und Grabeinfassungen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Ohne Zustimmung sind bis zur Dauer von einem Jahr nach der Bestattung provisorische Grabmale als Holztafeln bis zur Größe von 15 x 30 cm und Holzkreuze zulässig.
- (2) Die Zustimmung ist unter Vorlage von Zeichnungen in doppelter Ausfertigung im Maßstab 1:10 zu beantragen. Auf dem Antrag und den Zeichnungen müssen alle Einzelheiten der Anlage, insbesondere Art und Bearbeitung des Werkstoffs sowie Inhalt, Form und Anordnung der Inschrift ersichtlich sein. Auf Verlangen sind Zeichnungen in größerem Maßstab oder Modelle vorzulegen.
- (3) Ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Friedhofsverwaltung errichtete oder mit den vorgelegten Zeichnungen und Angaben nicht übereinstimmende Anlagen müssen entfernt oder den Zeichnungen und Angaben entsprechend verändert werden. Die Friedhofsverwaltung kann die für ein Grab Sorgepflichtigen oder Nutzungsberechtigten schriftlich auffordern, innerhalb angemessener Frist die Anlage zu entfernen oder zu verändern. Wird der Aufforderung nicht rechtzeitig Folge geleistet, so kann die Anlage im Wege der Ersatzvornahme durch die Friedhofsverwaltung entfernt werden. Die dadurch entstehenden Kosten sind vom Verpflichteten zu erstatten.

§ 37 Standsicherheit

- (1) Grabmale sind nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerks, die in den Richtlinien für das Fundamentieren und Versetzen von Grabdenkmalen des Bundesinnungsverbandes des Deutschen Steinmetz-, Stein- und Holzbildhauerhandwerks (Versetzrichtlinien) festgelegt sind, so zu fundamentieren und zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können. Dies gilt für sonstige bauliche Anlagen entsprechend.

Mit dem Antrag auf Zustimmung sind schriftliche Angaben über die Art der Fundamentierung und der Befestigung, insbesondere die Größe und Stärke der Fundamente vorzulegen. Falls durch die danach vorgesehene Fundamentierung und Befestigung eines Grabmals dessen Standsicherheit nicht gewährleistet erscheint, kann die Friedhofsverwaltung die erforderliche Änderung vorschreiben. Die Friedhofsverwaltung kann überprüfen, ob die vorgeschriebene Fundamentierung durchgeführt worden ist und gegebenenfalls Abhilfe verlangen.

- (2) Die Inhaberin/ der Inhaber der Grabstätte bzw. die/ der Nutzungsberechtigte sind verpflichtet, das Grabmal im Jahr mindestens zweimal, im Frühjahr nach Beendigung der Frostperiode und im Herbst, auf seine Standfestigkeit hin fachmännisch zu überprüfen oder auf ihre Kosten durch Fachleute überprüfen lassen, gleichgültig, ob äußerliche Mängel erkennbar sind oder nicht. Dabei festgestellte Mängel sind unverzüglich auf eigene Kosten zu beseitigen oder beseitigen zu lassen. Inhaberinnen/ Inhaber von Grabstätten und Nutzungsberechtigte, welche diesen Verpflichtungen nicht ordnungsgemäß nachkommen, haften für sich daraus ergebende Schäden.

- (3) Wird der ordnungswidrige Zustand eines Grabmals oder sonstiger baulicher Anlagen trotz schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung nicht innerhalb einer jeweils festzusetzenden angemessene Frist beseitigt, ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, das Grabmal oder Teile davon auf Kosten der Verantwortlichen vorläufig zu sichern (z. B. Umlegung von Grabmalen, Absperrung) oder zu entfernen. Die Stadt ist verpflichtet, diese Gegenstände drei Monate aufzubewahren. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder ohne besonderen Aufwand nicht zu ermitteln, genügen als Aufforderung eine öffentliche Bekanntmachung und ein Hinweisschild auf der Grabstätte, das für die Dauer von einem Monat aufgestellt wird.

Bei unmittelbar drohender Gefahr ist eine Benachrichtigung nicht erforderlich.

- (4) Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale und bauliche Anlagen oder solche, die als besondere Eigenart eines Friedhofs erhalten bleiben sollen, werden in einem Verzeichnis geführt. Die Friedhofsverwaltung kann die Zustimmung zur Änderung derartiger Grabmale und baulichen Anlagen versagen. Insoweit sind die zuständigen Denkmalschutz- und -pflegebehörden nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmung zu beteiligen.

§ 38 Beseitigung von Grabmalen und -einfassungen

- (1) Grabmale, Grabeinfassungen und sonstige Grabausstattungen dürfen vor Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts nur mit vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung von der Grabstätte entfernt werden.
- (2) Nach Ablauf der Ruhefrist bei Reihengrabstätten oder nach Ablauf der Nutzungszeit bei Familiengrabstätten werden Grabmale, Einfassungen und sonstige Grabausstattungen einschließlich der Fundamente und Befestigungsmaterialien von der Friedhofsverwaltung oder deren Beauftragten entfernt. Sollte seitens des/ der Nutzungsberechtigten Interesse an Grabmalen, Grabeinfassungen oder sonstiger Grabausstattung bestehen, ist die Friedhofsverwaltung hierüber rechtzeitig schriftlich zu informieren. Im anderen Falle ist die Friedhofsverwaltung nicht verpflichtet, ein Grabmal oder sonstige bauliche Anlagen zu verwahren.

§ 39 Errichtung von Grabdenkmälern

- (1) Denkmäler und dergleichen dürfen nur unmittelbar an der Grenze der Grabstätten und nur an der dem Wege gegenüberliegenden Kopfseite errichtet werden.
- (2) Tafeln dürfen nur nach Genehmigung der Friedhofsverwaltung an der Friedhofmauer befestigt werden. Die Mauer darf bei der Aufstellung von Denkmälern weder verändert, noch als tragender Teil verwendet werden.
- (3) Alle Denkmäler, Grabsteine und deren Inschriften müssen der Würde des Ortes entsprechen.
- (4) Die innerhalb der Gräberfelder angelegten Zugangswege und Sicherheitsstreifen sind als gekieste Wege angelegt und als solche zu erhalten.
- (5) Für Grabdenkmäler dürfen nur Natursteine verwendet werden. Grabmale aus Holz sind nur naturfarben in Form von Stelen oder Kreuzen zulässig. In handwerklicher Bearbeitung hergestellte Grabzeichen aus Schmiedeeisen oder Bronze können aufgestellt werden. Als Anstrich sind nur Farben in schwarz oder anthrazit gestattet. Glas ist nur in Verbindung mit einem der vorgenannten Werkstoffe zugelassen.

- (6) In der Regel sollen Grabdenkmäler folgende Abmessung nicht überschreiten:

Reihengräber:

Breite: bis 0,50 m

Höhe: bis 1,00 m

Familiengräber (Einzelplatz)/ Einzelplätze im muslimischen Grabfeld:

Stelen	Breitform
Breite: bis 0,60 m	bis 0,80 m
Höhe: bis 1,20 m	bis 1,00 m

Familiengräber (ab Doppelplatz):

Stelen	Breitform
Breite: bis 0,70 m	bis 1,50 m
Höhe: bis 1,20 m	bis 1,20 m

Grabdenkmäler müssen eine Mindeststärke von 0,12 m aufweisen. Wenn das Denkmal mit Untersockel versetzt werden soll, darf die Sockellänge vorstehende Breitenmaße nicht um mehr als 0,10 m überschreiten.

Kissensteine sind für Reihen- und Familiengräber in folgenden Abmessungen zu verlegen:

Auf Reihengräbern: bis 0,40 m x 0,40 m

Auf Einzelgräbern: bis 0,50 m x 0,50 m

Auf Doppelgräbern: bis 0,50 m x 0,50 m

Grabzeichen auf Urnengräbern können in den Abmessungen, wie sie bei Reihengräbern zugelassen sind, versetzt werden.

- (7) Das Verlegen von ganz oder teilweise abdeckenden Grabplatten ist auf allen Gräbern des Waldfriedhofes Bensheim, im neuen Teil des Friedhofes Schönberg (Abteilungen E und F) und auf den Urnengräbern in der Abteilung K Friedhof – Mitte nicht gestattet. Auf dem alten Teil des Auerbacher Bergfriedhofes (Abteilung A bis F) dürfen Familiengräber und solche, die nachträglich in Urnengräber umgewandelt wurden, maximal bis zur Hälfte mit Grabplatten abgedeckt werden, Reihen- und herkömmliche Urnengräber können voll abgedeckt werden. Auf dem Friedhof in Gronau dürfen Gräber maximal bis zur Hälfte mit Grabplatten abgedeckt werden.

- (8) Über Ausnahmen entscheidet die Friedhofsverwaltung.

§ 40 Weitere Vorschriften zu Grabdenkmälern

- (1) Denkmäler oder Grabsteine dürfen nicht auf dem ausgehobenen Teil der Gräber errichtet werden, es sei denn, dass es sich um einfache Platten oder Kissensteine handelt. Sie müssen ein ausreichend tragfähiges Fundament erhalten. Die Sockelhöhe darf die angrenzende Bodenfläche nicht mehr als 0,15 m bis 0,25 m übersteigen.

- (2) Als Grabeinfassungen sind sowohl massive und lose Einfasssteine als auch lebende, immergrüne Hecken gestattet. Lebende Einfassungen sind gut in Schnitt zu halten. Als Einfasssteine sind sauber bearbeitete Sandsteine, Hartsteine oder Betonwerksteine zugelassen. Nicht verwendet werden dürfen Kunststoffe, Backsteine, Klinker und Imitationen hiervon sowie Holz und Metall.
- (3) Die Untermauerung der Denkmäler usw. darf weder über die Grenzen der Grabstelle hinausgehen, noch den für die Aufstellung der Särge erforderlichen Raum beeinträchtigen. Mit der Herstellung der Fundamente sowie gemauerter Steineinfassungen darf nicht eher begonnen werden, bis die Flucht- und Höhenlage des Grabes von der Friedhofsverwaltung abgesteckt oder angegeben ist.

VII. Herrichtung, Bepflanzung und Unterhaltung der Grabstätten

§ 41 Bepflanzung von Grabstätten

- (1) Alle Grabstätten – mit Ausnahme der Urnenstelen, dem Feld für anonyme Urnenbeisetzungen, dem Sammelbestattungsplatz für totgeborene Kinder und Föten sowie den Baumgrabstätten – sind im Rahmen der Vorschriften des § 35 herzurichten und dauernd instand zu halten. Bei der Bepflanzung und Pflege sind die Belange des Umweltschutzes, insbesondere des Gewässer- und Bodenschutzes zu beachten.
- (2) Zur Bepflanzung der Grabstätten sind nur geeignete Gewächse zu verwenden, die andere Grabstätten und die öffentlichen Anlagen und Wege nicht beeinträchtigen. Hochstämmige Zierpflanzen und Bäume dürfen auf den Gräbern nicht gepflanzt werden. Pflanzen und Bäume sind dann zu entfernen, wenn sie höher sind als 1,50 m oder Beeinträchtigungen entstehen, insbesondere auch dann, wenn ein Aushub der Grabstätte oder von Nachbargrabstätten nicht mehr möglich ist. Für Schäden, die durch auf einer Grabstätte gepflanzte Bäume, Sträucher, Hecken oder ähnliche Anpflanzungen an Grabmalen, Grabeinfassungen oder sonstigen Grabausstattungen benachbarter Grabstätten oder an öffentlichen Anlagen und Wegen verursacht werden, haften die Nutzungsberechtigten der Grabstätte, deren Bepflanzung die Schäden verursacht.
- (3) Auf den Grabstätten dürfen nur Kränze, Grabbinde oder ähnlicher Grabschmuck abgelegt werden, die ausschließlich unter Verwendung von verrottbaren Materialien hergestellt sind.
- (4) Verwelkte Blumen und Kränze sind durch die Nutzungsberechtigten von den Grabstätten zu entfernen. Geschieht dies nicht, so kann die Friedhofsverwaltung nach angemessener Frist die Blumen und Kränze ohne Ankündigung beseitigen.

Blumen und Kränze sowie sonstiger von Grabstätten abgeräumter pflanzlicher Grabschmuck dürfen nur in die eigens dafür aufgestellten Behältnisse bzw. den dafür eingerichteten Plätzen abgelegt werden.
- (5) Zur Unkrautbekämpfung dürfen keine Mittel verwendet werden, die eine Grundwasserverunreinigung verursachen können.
- (6) Die Herrichtung, Unterhaltung und Veränderung von gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegt ausschließlich der Friedhofsverwaltung.

§ 42 Herrichtungsverpflichtung und friedhofswürdige Unterhaltung

- (1) Reihengrabstätten müssen innerhalb von 6 Monaten nach der Bestattung, Familiengrabstätten innerhalb von 6 Monaten nach dem Erwerb des Nutzungsrechtes bzw. der zuletzt vorgenommenen Beisetzung hergerichtet werden.
- (2) Wird eine Reihengrabstätte während der Dauer der Ruhefrist, eine Familiengrabstätte während der Dauer des Nutzungsrechtes über einen längeren Zeitraum nicht entsprechend den Bestimmungen dieser Friedhofsordnung in friedhofswürdiger Weise instand gehalten und gepflegt, so ist der oder dem Nutzungsberechtigten schriftlich eine angemessene Frist zur Durchführung der erforderlichen Arbeiten zu setzen.
- (3) Das Verfügungsrecht an Familiengrabstätten und Zubehör kann nach zweimaliger schriftlicher Aufforderung, die bei Vorhandensein von mehreren Berechtigten nur einem von ihnen zuzugehen hat, entzogen werden, wenn die Grabstätten nicht angelegt oder in der Unterhaltung vernachlässigt werden. Die Pflicht zur Unterhaltung von Familiengrabstätten besteht auch dann, wenn noch keine Beisetzungen vorgenommen wurden.
- (4) Sind die Berechtigten unbekannt oder nicht zu ermitteln, genügt ein öffentliches Aufgebot in Form ortsüblicher Bekanntmachung mit sechsmonatiger Frist. Das Aufgebot soll die mit der Grabstätte zusammenhängenden Nutzungsverhältnisse soweit als möglich erkennen lassen. Verstreicht die Aufgebotsfrist erfolglos, ist mit ihrem Ablauf das bestehende Nutzungsrecht erloschen. Grabzeichen, Einfassungen und Pflanzungen gehen in das Eigentum der Stadt über.

VIII. Schluss- und Übergangsvorschriften

§ 43 Benutzung von Grabstätten

- (1) Das Recht der Benutzung von Grabstätten wird ferner vorzeitig beendet:
 - a) Bei Schließung des Friedhofes oder eines Friedhofsteils (§ 5);
 - b) Wenn zur Anlage von Bauten, Neuanlage und Verbesserung von Wegen oder sonstiger Vorhaben, die dem öffentlichen Interesse dienen, die Beseitigung oder Veränderung von Grabstätten erforderlich wird;
 - c) Bei Nichteinhaltung von vereinbarten Zahlungsfristen.
- (2) In den Fällen zu a) und b) des Abs. 1 ist die Stadt verpflichtet, eine möglichst gleichwertige Grabstätte für den Rest der Nutzungszeit zur Verfügung zu stellen. Die Kosten für etwa erforderlich werdende Umbettungen und die Neuanlage der Grabstätten übernimmt in diesen Fällen die Stadt.
- (3) Im Falle c) des Abs. 1 findet eine Rückerstattung von bereits geleisteten Teilzahlungen nicht statt.

§ 44 Rückgabe von Grabstätten

Auf Antrag der Nutzungsberechtigten können Familiengrabstätten vorzeitig an die Stadt zurückgegeben werden. Eine Rückerstattung der Nutzungsgebühr erfolgt nicht. Die vorzeitige Rückgabe von Grabstätten mit laufender Ruhefrist ist von der Entrichtung einer Pflegepauschale sowie der Verwaltungsgebühr entsprechend der Friedhofsgebührenordnung abhängig.

§ 45 Listen

- (1) Es werden folgende Listen geführt:
 - a) Ein Grabregister der beigesetzten Personen mit den laufenden Nummern der Reihengrabstätten, der Familiengrabstätten, der Urnengrabstätten, der Baumgrabstätten, der Urnenkammern in Urnenstelen und der Positionierung im anonymen Urnenfeld,
 - b) ein Gebühren- und Beisetzungsverzeichnis, in dem insbesondere der Zeitpunkt der Beerdigung, die Personalien der Zahlungspflichtigen und Beigesetzten, das Alter der Verstorbenen und die angefallenen Gebühren aufgeführt werden.
- (2) Zeichnerische Unterlagen, Gesamtpläne, Belegungspläne und Grabmalentwürfe sind von der Friedhofsverwaltung zu verwahren.

§ 46 Gebühren

Für die Inanspruchnahme (Benutzung) des Friedhofs und seiner Einrichtungen und Anlagen sowie für damit zusammenhängende Amtshandlungen der Friedhofsverwaltung sind Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührensatzung zu entrichten.

§ 47 Haftung

Die Stadt haftet nicht für Schäden, die durch nicht satzungsgemäße Benutzung der Friedhöfe, ihrer Anlagen oder ihrer Einrichtungen durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen. Ihr obliegen keine besonderen Obhuts- und Überwachungspflichten. Sie haftet nicht für Diebstahl. Im Übrigen haftet die Stadt nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.

§ 48 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 - a) außerhalb der gem. § 6 festgelegten Öffnungszeiten den Friedhof betritt oder sich dort aufhält,
 - b) entgegen § 7 Abs. 2 Buchstabe a) Friedhofswege ohne Erlaubnis mit einem Fahrzeug befährt
 - c) entgegen § 7 Abs. 2 Buchstabe b) Waren oder gewerbliche Dienste anbietet,

- d) entgegen § 7 Abs. 2 Buchstabe c) an Sonn- und Feiertagen oder in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten ausführt,
 - e) entgegen § 7 Abs. 2 Buchstabe d) ohne schriftlichen Auftrag eines Berechtigten bzw. ohne Zustimmung der Friedhofsverwaltung gewerbsmäßig fotografiert,
 - f) entgegen § 7 Abs. 2 Buchstabe e) Druckschriften verteilt,
 - g) entgegen § 7 Abs. 2 Buchstabe f) den Friedhof und seine Einrichtungen und Anlagen verunreinigt oder beschädigt oder Rasenflächen und Grabstätten unberechtigterweise betritt,
 - h) entgegen § 7 Abs. 2 Buchstabe g) Abraum und Abfälle außerhalb der hierfür vorgesehenen Plätze ablegt,
 - i) entgegen § 7 Abs. 2 Buchstabe h) Tiere mitbringt,
 - j) entgegen § 8 Abs. 1 gewerbliche Tätigkeiten auf dem Friedhof ohne vorherige Zulassung durch die Friedhofsverwaltung ausführt,
 - k) entgegen § 8 Abs. 7 gewerbliche Arbeiten an Sonn- oder Feiertagen oder außerhalb der festgelegten Zeiten ausführt,
 - l) entgegen § 8 Abs. 8 Werkzeuge und Materialien außerhalb genehmigter Stellen lagert oder gewerbliche Geräte an oder in den Wasserentnahmestellen des Friedhofs reinigt,
 - m) entgegen § 11 Abs. 3 Umsargungen und damit verbundene Tätigkeiten außerhalb der hierfür vorgesehenen Räumlichkeiten vornimmt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von 5,00 € bis 1.500,00 €, bei fahrlässiger Zuwiderhandlung bis 750,00 € geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht das satzungsmäßige Höchstmaß hierzu nicht aus, so kann es überschritten werden.
- (3) Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten in der jeweils gültigen Fassung findet Anwendung; zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist der Magistrat.
- (4) Sofern sich gewerbliche Unternehmen (Bestattungsunternehmen, Gärtnereiunternehmen oder Steinmetzunternehmen) weigern, eine gegen diese Satzung verstoßende Handlung zu unterlassen oder der Anordnung der Friedhofsverwaltung nicht Folge leisten, kann durch die Friedhofsverwaltung nach vorheriger Androhung diesen Unternehmen das Arbeiten auf dem Friedhof für eine bestimmte Zeit verboten werden. Bei wiederholten oder schweren Verstößen kann durch den Magistrat ein dauernder Ausschluss ausgesprochen werden.

§ 49 Übergangsregelung

- (1) Für die in der früheren Gemeinde Auerbach vor Inkrafttreten der Friedhofsordnung vom 05. Januar 1938 befristet oder unbefristet erworbenen Nutzungsrechte an Familiengrabstätten wird der Ablauf der Nutzungsdauer auf den 31. Dezember 1982 festgelegt. § 21 dieser Satzung findet jedoch entsprechende Anwendung. Satz 1

findet auch Anwendung auf Fälle, in denen der Erwerb des Nutzungsrechts dort in der Zeit vom 05. Januar 1938 bis einschließlich 31. März 1939 erfolgt ist.

- (2) Die Nutzungsdauer der vor dem 01. April 1939 auf den Friedhöfen der Stadtteile Schönberg und Zell abgegebenen Nutzungsrechte an den Familiengräbern wird einheitlich bis zum 31. Dezember 1982 erstreckt. § 21 dieser Satzung findet auch hier Anwendung.
- (3) Die vor dem Inkrafttreten dieser Satzung bei Familiengrabstätten entstandenen Nutzungsrechte von 60 Jahren Dauer werden auf die nach dieser Satzung für Familiengrabstätten geltende Nutzungsfrist im Sinne des § 21 Abs. 1 begrenzt. Die Nutzungsfrist endet jedoch nicht vor Ablauf der Ruhefrist der zuletzt vorgenommenen Beisetzung. Ist die Ruhefrist für die zuletzt vorgenommene Beisetzung bereits abgelaufen, endet die Nutzungsfrist 12 Monate nach Inkrafttreten dieser Bestimmungen, dies ist der 31.12.1994.
- (4) Die vor dem Inkrafttreten dieser Satzung bei Familien- und Urnengrabstätten entstandenen Nutzungsrechte von 40 bzw. 30 Jahren bleiben unberührt.
- (5) Die vor dem Inkrafttreten dieser Satzung bei Kinderfamiliengrabstätten entstandenen Nutzungsrechte von 25 Jahren bleiben unberührt.

§ 50 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2010 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 01.06.2003 samt aller Nachträge außer Kraft.

Bensheim,

Der Magistrat
der Stadt Bensheim

Sachwitz
Erster Stadtrat

I. Grundsatzung

beschlossen am 12.11.2009
veröffentlicht am 05.12.2009/ BA
in Kraft getreten am 01.01.2010

II. Nachträge

1. Nachtrag
beschlossen am 26.03.2015
veröffentlicht am 11.04.2015/ BA
in Kraft getreten am 12.04.2015

§ 10 (5) neu eingefügt, § 11(3) und (4) ergänzt, § 13 (3) ergänzt, § 14 (1) Buchstabe l) neu eingefügt, § 19 (2) geändert und ergänzt, § 21 (3) und (7) geändert, § 22 (1) geändert und ergänzt, § 24 a neu eingefügt, § 30 (4) ergänzt, § 39 (5) und (6) ergänzt, § 39 (7) geändert, § 48 (1) Buchstabe m) neu eingefügt